

Auktionserlöse

bvek plädiert für Rückverteilung an alle Bürger

In der Diskussion um eine mögliche Einbeziehung des Verkehrs in den Emissionshandel wird immer wieder auf ein Konzept des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz (bvek) Bezug genommen. Desessen Vorsitzender Jürgen Hacker hatte erstmals im Jahr 2008 und erneut in diesem Jahr vorgeschlagen, die Erlöse aus den Versteigerungen von CO₂-Zertifikaten an alle Bürger auszuschütten.

„Die Emissionsrechte gehören allen Bürgern. Auktionserlöse sollten nicht wie bisher in mehr oder weniger sinnvolle staatliche Subventionstöpfe fließen, sondern direkt an alle Bürger zu gleichen Teilen ausgezahlt werden, egal ob sie Autofahrer sind oder nicht“, betonte **Jürgen Hacker** im Gespräch mit MBI TradeNews Emissions. „Denn letztlich bezahlen wir alle als Endverbraucher mit unserem individuellen Konsum die Kosten der Ersteigerung der Emissionsrechte durch die Industrie, weil diese Kosten zu Recht direkt oder indirekt auf die Konsumgüterpreise aufschlagbar werden“.

Durch eine gleiche Pro-Kopf-Aus-schüttung der Versteigerungserlöse würde erreicht, dass Bürger mit unterdurchschnittlichen Emissionen (Umweltbewusste oder sozial Schwache) mehr erhalten als sie zahlen müssen, Bürger mit überdurchschnittlichen Emissionen müssten hingegen zu Recht draufzahlen und Zertifikate kaufen. „Das entspricht dem Verursacherprinzip und ist zugleich sozial gerecht“, sagte Hacker.

Opel-Chef **Karl-Thomas Neumann** hatte mit seiner Forderung, den Verkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, für neue Diskussionen um dieses Thema gesorgt. Er dringt auf eine Gleichbehandlung aller Branchen.

Es sei für den Betreiber eines Kohlekraftwerks deutlich günstiger als für **Opel**, mehr CO₂ auszustoßen als erlaubt. Der Betreiber des Kohle-

kraftwerks könne seine CO₂-Schuld mit der entsprechenden Anzahl an Zertifikaten ausgleichen. Hersteller, die ihre Abgasziele verfehlen, müssen nach bisheriger Planung der **EU** von 2020 an indessen pro Fahrzeug eine Strafe von 95 Euro je Gramm CO₂ über dem vorgegebenen Flottenverbrauchswert entrichten.

Nach Neumanns Rechnung wird über die komplette Lebensdauer der Opel-Flotte hinweg ebenso viel

„Auktionserlöse direkt und zu gleichen Teilen an alle Bürger auszahlen“

CO₂ ausgestoßen wie bei einem Braunkohlekraftwerk, das drei Tage länger am Netz war. Den Anlagenbetreiber kosteten diese 180.000 Tonnen CO₂ zusätzlich beim aktu-

ellen CO₂-Preis von knapp sechs Euro etwas mehr als eine Million Euro. Opel müsste hingegen für dieselbe Menge CO₂ 95 Millionen Euro Strafe zahlen, sagte Neumann beim Wirtschaftstag der CDU im Juli in Berlin.

Brüssel schreibt den Autoherstellern von 2015 an einen Flottenverbrauch von 130 Gramm CO₂ je Kilometer vor. Der Umweltausschuss im EU-Parlament fordert bereits ein längerfristiges Ziel für die Minderung des CO₂-Ausstoßes von Neuwagen: Ab 2025 soll der maximale CO₂-Ausstoß pro Fahrzeug nur noch zwischen 68 und 78 Gramm pro Kilometer betragen.

Die Kommission wurde aufgefordert, dazu eine Folgenabschätzung sowie einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Silvia Rausch-Becker
MBI/sir

Fortsetzung von Seite 1

Spenden sollen einfach nicht vergeblich sein

Die Wissenschaftler weisen darauf hin, dass alle guten Taten der Philantropen letztlich umsonst seien und wertlos, wenn sich die Klimaerwärmung fortsetze. „Zuwendungen, die die Situation hätten verändern können, werden dann zu gestrandeten Investitionen“, heißt es in dem Appell.

Die Aktion wurde von der **European Environment Foundation (EEF)** gesteuert. Sie hatte die Deklaration an die Empfänger von wichtigen Umweltpreisen geschickt und will nun an Stiftungen herantreten, um sie für ihr Projekt zu gewinnen.

Die Stiftungen könnten in verschiedener Weise aktiv werden, heißt es bei EEF: Sie können direkt in Clean-Energy-Unternehmen und klimafreundliche Projekte investieren. Sie können Investments aus Unternehmen abziehen, die fossile Brennstoffe nutzen, oder als deren Aktionäre darauf drängen, dass keine neuen Lagerstätten gesucht und genutzt werden. Die Stiftungen und Philantropen sollten zudem Start-up-Unternehmen finanziell unterstützen, die sich im Bereich saubere Energie bewegen, und auf diesem Wege die Entwicklung von CO₂-armen Märkten fördern.

MBI/sir

Kohlekraftwerke im Ausland Bundesregierung will Förderung kürzen

Die **Bundesregierung** will die Finanzierung von Kohlekraftwerken im Ausland über die staatliche **KfW-Bank** massiv zurückfahren. Das teilte Umweltministerin **Barbara Hendricks** (SPD) in Berlin mit. Der Ausstieg aus der Kohle sei erforderlich, um wie geplant die globale Erderwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen. Laut KfW belief sich die Förderung für den Bau oder die Modernisierung ausländischer Kohlekraftwerken zwischen 2006 und 2013 auf 2,8 Milliarden Euro.

MBI/dpa/sir